



Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 11017 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Cansin Köktürk
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Katja Mast

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
Postanschrift: 11017 Berlin

Tel. +49 30 18 527-2660

Fax +49 30 18 527-2664

buero.mast@bmas.bund.de

Berlin, 7. Juli 2026

Schriftliche Frage im Juni 2026

Arbeitsnummer 473

Sehr geehrte Frau Kollegin,

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre o. a. Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Schriftliche Frage im Juni 2026

Arbeitsnummer 473

Frage Nr. 473:

Wie entwickelten sich in den letzten fünf Jahren die Zahlen von Beziehenden von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, die vermittlungsrelevante gesundheitliche Einschränkungen aufweisen, und wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung?

Antwort:

Der Bundesregierung liegen zu dieser Fragestellung keine Erkenntnisse vor, da das Merkmal „vermittlungsrelevante gesundheitliche Einschränkung“ in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit nicht vorliegt.

Mit Blick auf die jeweils individuelle Situation und Bedarfslage der Leistungsberechtigten berücksichtigen die Integrationsfachkräfte in den Jobcentern auch die Gesundheit. Gesundheitliche Risiken sollen frühzeitig erkannt und präventiv angegangen werden mit dem Ziel, die Erwerbsfähigkeit zu erhalten, die Chancen auf die berufliche Integration zu verbessern und die soziale Teilhabe zu stärken. Mit dem Dreizehnten Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (13. SGB II-Änderungsgesetz) wurde der Grundsatz des Förderns entsprechend der bereits gängigen Praxis explizit um Gesundheitsaspekte im Beratungskontext ergänzt (§ 14 SGB II). Dabei ist zu beachten, dass die Gesundheitsförderung und -prävention vorrangig im Verantwortungsbereich der Gesetzlichen Krankenversicherung (Fünftes Buch Sozialgesetzbuch - SGB V) und der Rehabilitationsträger (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch - SGB IX) liegt.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf der Bundestagsdrucksache 21/3704 verwiesen.